

„Vonne Spree in` Pott“

Kommunal- und
Europawahlen

am 25. Mai
wählen gehen!

Information für den Wahlkreis Recklinghausen II

April 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

im April startete das Plenum mit den Beratungen zum Bundeshaushalt. Bundesministerin Nahles legte Ihre Gesetzesnovelle für die Umsetzung des Mindestlohnes und Änderungen in der Rentengesetzgebung vor. Im Berliner Plenum konnten die Minderheitenrechte gestärkt werden. Besonders gefreut hat mich, dass Bundesministerin Barbara Hendricks meiner Einladung nach Marl gefolgt ist. Viel Spaß beim Lesen!

Glück auf und eine gute Zeit

Michael Groß



Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks zu Gast in Marl



Um die Soziale Stadt Hüls-Süd persönlich in Augenschein zu nehmen, kam die Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks Ende April zu uns nach Marl. Gemeinsam mit Bürgermeister Werner Arndt, Landrat Cay Süberkrüb, dem Geschäftsführer der Neuen Marler Baugesellschaft (neuma), Christoph Thier, sowie dem neuma-Aufsichtsrats- und SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Wenzel besichtigte sie bei einem Rundgang die neu gebauten Wohnhäuser nebst der ansprechenden Außenanlagen.

Über einige sozialintegrative Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, einem wichtigen Bestandteil des Konzepts Soziale Stadt, informierte Klaudia Kröger, Kassiererin des DJK Lenkerbeck, Ministerin Hendricks. Wie es mit der Aufwertung des Quartiers weitergehen soll, erläuterte Christoph Thier zunächst anhand von Plänen und Luftaufnahmen, bevor die Ortsbesichtigung fortgesetzt wurde. „An Projekten wie Hüls-Süd zeigt sich, dass es richtig und wichtig war, die Mittel für Programme wie die Soziale Stadt wieder deutlich auf 150 Millionen Euro zu erhöhen“, so Barbara Hendricks.



Rechte der Opposition sichern – Minderheitenrechte garantieren

„Politik lebt auch von Gegensätzen. Der Wettstreit von Regierung und Opposition zeichnet unsere Demokratie aus. Daher müssen auch die kleineren Fraktionen im Bundestag ihren Standpunkt in den Willensbildungsprozess des Parlaments einbringen können, auch wenn sie nicht auf das verfassungsrechtlich nötige Quorum kommen, um zum Beispiel Untersuchungsausschüsse oder Sondersitzungen des Bundestages beantragen zu können. Daher begrüße ich den Vorschlag der SPD und Unionsgeführten Regierungsfaktionen, die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags für die Dauer der 18. Wahlperiode zu ändern. Statt dem üblichen Quorum von 25 Prozent der Parlamentsmitglieder reichen nun 120 Abgeordnete aus, um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, eine Sondersitzung des Bundestags, einer Enquete-Kommission oder eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu beantragen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es darum selbstverständlich, die Opposition mit den Rechten auszustatten, die sie braucht, um ihrer Aufgabe in der parlamentarischen Demokratie nachzukommen“, berichtet der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Groß aus Berlin.

Mindestlohn

Wir sorgen für gute Arbeit

Es ist das wichtigste Wahlversprechen der SPD: Erstmals wird in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 € eingeführt. Und er wird ab 2015 ohne Branchenausnahme in Ost und West gelten. Er umfasst auch die Mini-Jobs, was mir sehr wichtig ist. Zehn Jahre lang hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür gekämpft.



Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro für alle volljährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommt ab dem 1. Januar 2015. Repräsentative Arbeitgeber und Gewerkschaften können tarifvertragliche Abweichungen bis Ende 2016 vereinbaren. Ab dem 1. Januar 2017 gilt er flächendeckend. Vier Millionen Menschen bundesweit werden dann mehr Geld im Portemonnaie haben.

Der Mindestlohn kommt, mit nur sehr wenigen Ausnahmen, wie es die SPD vorgeschlagen hat. Er findet keine Anwendung für Ehrenamtliche, Pflicht- und kurzfristige Orientierungspraktika, für Auszubildende oder für Jugendliche unter 18 Jahren ohne Ausbildung. Und für Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen, deren Übergang in den ersten Arbeitsmarkt mit Zuschüssen gefördert wird (2013 waren das ca. 16.000 Personen) gilt der Mindestlohn erst nach sechs Monaten Beschäftigung.

Mit dem Gesetz zum Mindestlohn verbessern wir das Leben für sehr viele Menschen, die für 4 bis 7 Euro die Stunde arbeiten. Damit wird eine der zentralen Gerechtigkeitslücken am Arbeitsmarkt geschlossen. Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfahren für ihre Arbeit und ihre Leistung künftig eine größere Wertschätzung. Der Mindestlohn ist nicht nur gut für die Beschäftigten. Seine Einführung ist auch gut für die Wirtschaft: Die vielen anständigen Arbeitgeber werden endlich vom unfairen Wettbewerb durch Dumpinglöhne befreit!

Als Sozialdemokrat freut es mich, dass die SPD in der Arbeits- und Sozialpolitik ihre zentrale Anliegen durchsetzt und der Regierung ihren Stempel aufdrückt. Ich freue mich natürlich auch, dass über 80 Prozent der Bevölkerung den gesetzlichen Mindestlohn für eine gute Sache halten.

SPD wählen am 25. Mai



Für ein starkes, gerechtes und solidarisches Europa

Manifest der NRWSPD zur Europawahl 2014

Am 25. Mai sind Europa- und in NRW auch Kommunalwahlen. Auch in den fünf Städten meines Wahlkreises stellen sich viele ehrenamtliche KommunalpolitikerInnen zur Wahl.

In Datteln, Haltern am See, Herten und Marl finden zudem auch Bürgermeisterwahlen statt. Stimmen Sie für André Dora in Datteln, Beate Pliete in Haltern am See, Dr. Uli Paetzel in Herten und Werner Arndt in Marl.

Im Kreis stellt sich Landrat Cay Süberkrüb erneut zur Wahl. Unterstützen Sie Cay Süberkrüb sowie die SPD-KreistagskandidatInnen mit Ihrer Stimme!

Für Europa bewirbt sich aus unserer Region erstmals Gabriele Preuß als Kandidatin. Martin Schulz, unser Spitzenkandidat für Europa, überzeugt die Menschen in Deutschland und Europa!

Ich bitte Sie, gehen Sie zur Wahl und unterstützen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD. Bereits jetzt ist in allen Städten die Briefwahl möglich!

Ihr Michael Groß, MdB

Impressum:
www.michael-gross-online.de
michael.gross@wk.bundestag.de

Abgeordnetenbüro in Berlin
Platz der Republik, 11011 Berlin
Telefon: 030/22773387

Wahlkreisbüro
Victoriastr. 63, 45772 Marl
Telefon: 02365/32444